

Rede
Nr. 160/2023
Kiel, 12.07.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Wohnen ist kein Luxusgut

„Die Kosten müssen runter, sonst wird weder in Schleswig-Holstein, noch irgendwo anders in der Republik der Wohnbedarf gedeckt werden können.“

Lars Harms zu TOP 6 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung und des Brandschutzgesetzes (Drs.20/1168)

Neben der Neuerung des Brandschutzgesetzes ist es nun so weit, die Novellierung der Landesbauordnung ist da. So wie es die FDP in ihrem Antrag zur Bau-Hanse gefordert hat. Vielleicht nicht genau so, jedoch lief es doch im Kern auf eine Novellierung hinaus. So habe ich es zumindest in Erinnerung.

Zurück zum vorliegenden Gesetzentwurf, in dem eine Harmonisierung vom Bauaufsichts- und Bauordnungsrecht einen Schwerpunkt bildet. Ich denke, durch eine Harmonisierung können viele Bearbeitungsprozesse schlanker gehalten werden, was hoffentlich dazu führen wird, ein Bauprojekt schneller umsetzen zu können. Das mag dann auch Kosten einsparen. Das ist, glaube ich, einer von vielen Hebeln, den wir als Politik jetzt dringend betätigen müssen.

Ich sage es immer wieder: Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Doch was wir aktuell in der Entwicklung im Wohnbereich sehen, ist nicht sonderlich erfreulich. Das Statistische Bundesamt hat berechnet, dass die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude aktuell um 8,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Das ist zwar etwas weniger, als erwartet wurde, dennoch sind 8,8 Prozent nicht wenig. Diese Situation wirkt sich natürlich auf die Bauprojekte aus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass

die Ziele der Bundes- und Landesregierung bezüglich des Bauvorhabens deutlich unterschritten werden. Die Deutlichkeit der Rückläufigkeit macht jedoch schon nachdenklich. Laut ifo-Institut ist der Wohnungsbau deutschlandweit massiv rückläufig. In diesem Jahr werden ungefähr 245.000 Wohnungen fertiggestellt und im kommenden Jahr sogar noch weniger, nämlich nur 210.000 Wohnungen, so die Prognosen des Instituts. Bedarf gibt es jedoch für annähernd doppelt so viele neue Wohneinheiten. Zudem gehen immer mehr Sozialwohnungen auch bei uns in Schleswig-Holstein verloren, da ihre Bindung aufgehoben wird. Eine Fehlentwicklung, die es so schnell wie möglich zu beenden gilt. Die Kosten müssen runter, sonst wird weder in Schleswig-Holstein, noch irgendwo anders in der Republik der Wohnbedarf gedeckt werden können. Also braucht es neue Rahmenbedingungen. Ein Teil davon, ist der hier vorgelegte Gesetzentwurf. Neben der Harmonisierung, geht es dabei auch um die Schaffung von mehr Handlungsspielraum in Bezug auf die Bauvorgaben. Ein Baustein ist dabei die Flexibilisierung der vorgeschriebenen Baunormen. So kann man künftig beispielweise eine 10 cm niedrigere Raumhöhe bauen, oder sich dagegen entscheiden. Je nachdem, was gerade für das Bauprojekt am besten passt. Darüber hinaus soll es künftig einfacher werden, Gewerbeimmobilien in Innenstädten in Wohnraum umzuwandeln. Hier sollen weitere Vorschriften vereinfacht werden. Eine wichtige Sache, um den Druck auf dem Wohnungsmarkt abzumildern zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt des Entwurfs sind die Maßnahmen zur Unterstützung der Energiewende im Wohnbereich, das derzeit wohl meistdiskutierte Thema der gesamten Bundesrepublik. Dabei geht es um Windkraftanlagen, Wärmepumpen und PV-Anlagen auf Dächern. Meine Fraktion und ich waren uns schnell darüber einig, dass es in diesem Zusammenhang wichtig ist, dass sich eine solche Investition für die Menschen auch lohnt. Der größte Gewinn ist doch, eine geringe Stromrechnung. Deshalb darf es nicht dabei bleiben, zum Beispiel Balkonsolaranlagen unkompliziert zuzulassen, sondern es muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass ein Zähler, sollte der Strom nicht verbraucht werden, rückwärts läuft. Dann werden die Menschen die finanzielle Entlastung auf der Stromrechnung noch besser spüren können. Das ist zwar kein Thema für die Landesbauordnung, aber ich glaube, hier muss dann auch das Eine in das Andere greifen.

Die vergangenen Monate haben uns eins mit auf den Weg gegeben: Wir müssen schnell handeln, damit die Leute schnell zu preiswertem Wohnraum kommen. Das ist und bleibt die größte kurzfristige Herausforderung in unserem Land. Wir müssen weiter Standards für das Bauen infrage stellen, wenn sie das Bauen massiv verteuern. Die Debatte hier im Hohen Hause bildet deshalb nur den Anfang. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Beratung im Ausschuss.